

Sozial wirksam

## Christliche Hilfswerke fordern mehr Hilfe für Sudan



Der Hunger ist eines der vielen Probleme, die den Sudan belasten

Quelle: Facebook / @World Vision International

Seit drei Jahren herrscht im Sudan Krieg. Viele Hilfswerke wünschen sich, dass die Situation im Land stärker in den Blick genommen wird. Die internationale Sudan-Konferenz soll sich ab Mittwoch mit den drängenden Fragen beschäftigen.

Eine Vielzahl von Hilfswerken wünscht sich mehr internationale Aufmerksamkeit für die Lage im Sudan. Die [Hilfsorganisation Care](#), die seit 1979 mit lokalen Partnern zusammenarbeitet, attestiert den Beteiligten ein politisches Versagen bei der «zahlenmässig grössten humanitären Krise der Welt».

Der erbitterte Machtkampf im Land finde zwischen der regulären Armee und paramilitärischen Kräften statt. Seit Kriegsbeginn habe sich der Konflikt um die

Hauptstadt Khartum auf grosse Teile des nordostafrikanischen Landes ausgeweitet. Viele Menschen würden vor Bomben fliehen und unter Hunger leiden. Vor allem Frauen und Mädchen berichteten von sexuellen Übergriffen.

Das [katholische Hilfswerk «Misereor»](#) fordert von der Sudan-Konferenz ein entschlossenes Handeln gegen die «schlimmste Hungersnot der Welt». Während die Länder um diplomatische Lösungen ringen, eskaliere das Leid der Menschen weiter. Rund die Hälfte der Bevölkerung hungere, 11,6 Millionen Menschen seien auf der Flucht.

## **Flüchtlinge suchen Schutz in der Kirche**

Hunger, Krankheit und Flucht sorgten dafür, dass Millionen Kindern ihre Zukunftschancen genommen werden. Die Vereinten Nationen konstatieren in der Region Darfur schwerste Menschenrechtsverletzungen bis hin zu möglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Für viele Familien sei ungewiss, was der nächste Tag bringe.

Gleichzeitig setzen lokale Selbsthilfegruppen und kirchliche Organisationen ihre Arbeit, oft unter Einsatz ihres eigenen Lebens, fort. «Vor Kirchen stehen Vertriebene Schlange und bitten um Nahrung und Schutz. Doch die Helfer stossen längst an ihre Grenzen, auch weil internationale Unterstützung spürbar zurückgeht», warnt Sudan-Expertin Katharina Götte. Die Nachbarländer könnten keine Menschen mehr aufnehmen. Deswegen brauche es den sofortigen humanitären Waffenstillstand, sichere Zugänge für Hilfslieferungen und deutlich mehr Geld.

## **Steigende Dieselpreise verschärfen die Not**

Auf ein völlig anderes Problem weist [World Vision](#) in seiner Pressemitteilung hin. Die Organisation warnt davor, dass steigende Dieselpreise auch das Wasser in Wüstengegenden verteuerten, weil dies mit Dieselgeneratoren gefördert wird. Viele Menschen könnten sich beim Kampf um ihre Existenz kaum sauberes Trinkwasser leisten. Mit einer schnellen Entspannung sei kaum zu rechnen.

Allein der Bundesstaat Ost-Darfur beherbergt laut World Vision mittlerweile über 189'000 Menschen, die ohne Hab und Gut angekommen seien. Seit der Sperrung der Strasse von Hormus habe sich das Wasser um 30 Prozent verteuert, was eine dringende internationale Hilfe erfordere. In Ost-Darfur hat World Vision 16 Bohrbrunnen saniert sowie Solarmodule zur Stromerzeugung installiert, um die

Abhängigkeit von Dieselgeneratoren zu verringern.

Um die Not zu begrenzen, seien aber Hunderte von Brunnen erforderlich. Humanitäre Standards sehen vor, dass eine Person in einer Notsituation 15 Liter pro Tag erhalten sollte. Oft müssten acht oder neun Personen mit einem Kanister pro Tag auskommen. Der fehlende Zugang zu sauberem Wasser berge ein hohes Risiko für Durchfallerkrankungen, die wiederum Unterernährung verstärken.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wirft den Konfliktparteien im Südsudan die Blockade humanitärer Hilfe vor. Diese würden den Zugang zu Hilfsgütern für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren und es komme keine Unterstützung bei der Bevölkerung an. Zudem seien beide Seiten für die Vertreibung von Zivilisten verantwortlich.

## **Schutz der Zivilbevölkerung hat oberste Priorität**

Anlässlich des dritten Jahrestages des Krieges findet am Mittwoch in Berlin die dritte internationale Sudan-Konferenz statt. Sie wird von Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, den USA sowie der Europäischen und Afrikanischen Union ausgerichtet. Die Akteure wollen einen Fahrplan für den Frieden aushandeln und konkrete Schritte gehen, um die Menschen im Sudan besser zu schützen.

Die Hilfswerke wünschen sich in einer Pressemitteilung aber nicht nur Absichtserklärungen, sondern auch konkrete Massnahmen. Insgesamt gehe es um 13,5 Millionen vertriebene Menschen. Ein Grossteil von ihnen suche in den Nachbarländern Schutz. Rund die Hälfte aller Menschen im Sudan sind von akuter Mangel- und Unterernährung betroffen. Weitere Regionen stehen vor einer Hungersnot.

Der Schutz der Zivilbevölkerung habe oberste Priorität. Menschen in Not brauchen ungehinderten und sicheren Zugang zu humanitärer Hilfe. Viele Mittel der Kriegsführung stellten schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts dar. Die Gelder für humanitäre Hilfe müssten deutlich aufgestockt werden. Die Unterzeichner begrüssen das finanzielle Engagement der Bundesregierung, sehen aber aufgrund der aktuellen Situation dringenden Handlungsbedarf. Darüber hinaus brauche es einen stärkeren Dialog mit den Konfliktparteien.

*Dieser Beitrag erschien zuerst bei [Pro Medienmagazin](#).*

Datum: 14.04.2026

Autor: Johannes Blöcher-Weil

Quelle: Pro Medienmagazin

Tags

[Afrika](#)

[Kirchen und Werke](#)

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Mission](#)